

# Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschek-Konto: Berlin 100. Wöchentlich 1 Mark, Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Beistellung.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin S.W. 68, Kochstraße 22-26.

10 Pf. - Nr 69 - B 34

DIENSTAG, 10. FEBRUAR 1931

ABEND-AUSGABE - V

## Ohne Immunität

### 150 Strafverfahren gegen Abgeordnete kommen in Gang

Die Staatsanwaltschaften der deutschen Länder haben bereits Dienstag vormittag damit begonnen, die durch den früh um 2 Uhr ergangenen Beschluß des Reichstages über die Immunitätsaufhebung möglich gewordenen Strafverfahren durchzuführen. Die Zahlvermerkmale der Länder sind sich darüber einig, daß diese Durchführung mit allen notwendigen Gewalt erfolgen soll. Die Hauptverhandlung erstreckt sich auf die preussischen Staatsanwaltschaften, die etwa 150 Strafverfahren gegen Abgeordnete durchzuführen haben; davon kommen mehrere Tausend Verfahren allein auf Berlin, und es wird möglicherweise notwendig sein, das politische Departement der Staatsanwaltschaft I Berlin vorübergehend zu verfrachten.

Die meisten Verfahren sind wegen besonders über Beleidigungen anhängig. Sie sind ferner gegeben, daß Anklage sofort erhoben werden kann. Die Zuständige sind meist klar und zugehen werden nicht erst weiter vorkommen zu werden.

Für die preussischen Staatsanwaltschaften gewinnt jetzt die kürzlich ergangene Verfügung des Justizministeriums besondere Bedeutung, nach der Verfügungen und Einschnürungen der Prozesse mit allen gesetzlichen Mitteln verbunden werden sollen. Eine Einschränkung dieser Bestimmungen ist deshalb besonders notwendig, weil die nationalsozialistischen Abgeordneten, die unter Anklage kommen, schon bisher angeklagt sind, die Durchführung der Strafverfahren durch Bitten um Terminverlegungen und Stellung von Anträgen in die Länge zu ziehen.

## Frei Feld

Nun arbeite, Reichstag!

Die Niederbringung der Obstruktion in einer Dauerform, die bis in die dritte Morgenstunden währte, die Verabschiedung der Geschäftsordnungs-Reform (mit 300 gegen 0 Stimmen), der neuen Bestimmung im Verfassungsgesetz, die den Zeitungen verbietet, ihnen Abgeordnete als verantwortliche Redakteure zu nennen, und schließlich die generelle Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, gegen die Auslieferungsbefehle vorliegen —, das war nicht nur ein parlamentarischer Erfolg, es war auch ein moralischer Erfolg, der gegen den wüsten Fabulismus ertragen wurde. Man hätte getrost gewünscht, die Schützen des Reichstages möchten sich im Unerschöpflichen weiten und die tags Millionen Wähler, die gläubig, durch löbliche Worte gelangen, am 14. September nationalsozialistisch gemacht haben, könnten ihre Abgeordneten am Werke legen. In den hartenzeitgeschichtlichen Parteizeitungen werden sie lesen, in Verammlungen werden sie hören, wach „heroischen Kampf“ die nationalsozialistische Reichstagsfraktion gegen die „brutale Vergewaltigung durch die „Demokratie“ gestanden haben. Wären sie Zeugen dieser Machtschöpfung gewesen, dann hätten sie auf der äußersten Rechten die berde Ausgeschlossenheit eines Hochverratss in vorgedruckter Stunde beobachtet können.

Es steht dem selbst an, über Vergewaltigung zu klagen, dessen Regierungsbild die gewalttätige Diktatur ist; sich auf die Rechte der Opposition zu berufen, wenn er durch Sabotage die Mehrheit am Arbeiten hindern will; sich über Unzulässigkeit zu beschweren, wenn er davon schwärmt, daß Äpfel rollen werden. Man hat sich an manches gewöhnt und wundert sich nicht mehr, wenn Nationalsozialisten und Kommunisten ganz auf der Tribüne des Reichstages einander beschimpfen. In dem Benbelängigen aber sich mit dem Wachen der Augen begeben und gemeinsam Obstruktions-Pläne schmieden. Doch jeder orientierte Arbeiter an Ernst, den die Extremen zeigten, diese folte Wange, die Singerin-Tränen an der Mauer — das werte doch wie politischer Egidienstunnen. So peinlich das alles empfunden wurde, dieses Zöhlen und Zehen — als praktischer Anführungsunterricht war es gerade im Sinne der verfassungstreuen Parteien nicht weniger der Wirkung auf jene Gruppen, die jetzt den Initiationstakt auf Reform der Geschäftsordnung unterziehen, vor einigen Monaten aber noch geglaubt haben, daß man mit den Stiller-Jüngern leichter nationale Politik machen könne. Erinnert man sich der Scene bei der Eröffnungs-Sitzung des Reichstages, da die Nationalsozialisten in Beunruhigen gelassen in den Saal marschieren, in tiefem Schweben ihre 177 Köpfe einnehmen? Das war Später, aber es blieb nicht ganz ohne Eindruck. Auf diesen gelassenen Einmarsch haben die Mitglieder des Dritten Reiches fetter verachtet; um o häufiger marschieren sie jetzt gelassen aus dem Saal. Und getrennt war es ein einziges Wabern dem Saal in den Wandelgängen und dort zurück. Hinter ihnen her fromm und artig die Beunruhigten, die gut abgerichtet auf den Wind des Herrn folgten. Als vor der Gesamtabstimmung über die Geschäftsordnungs-Reform die Nationalsozialisten zum letzten abgaben, sagte das Gelächter der arbeitswilligen Mehrheit hinter ihnen her. Wenn dieses Lachen auch nicht tötet — es wäre Verleiden, Größe und Schwere dieses Volkes auf der Poeselle der Reichspolizei zu unterföhigen —, ist es doch Zeichen für die veränderte Einstellung wichtiger Schichten des Bürgertums zur extremen Rechten. Will dieser fünf-Monats-Plan darf die Regierung Prüfung zu finden sein.

Dafür wird man auch dem Reichstagspräsidenten Löbe Dank zu sagen haben. Alle arbeitswilligen Parteien waren getrennt einig in der bewundernden Anerkennung der Gewandtheit, mit der Löbe sich schwierigen Situationen anpassen verstand und die Klugheit, mit der er seine Autorität zu unterföhigen —, ist es doch Zeichen für die veränderte Einstellung wichtiger Schichten des Bürgertums zur extremen Rechten. Will dieser fünf-Monats-Plan darf die Regierung Prüfung zu finden sein.

Das ist nicht zum geringsten ein Verdienst, daß der deutsche Reichstag jetzt den Weg frei für seine wichtigste Aufgabe. Positive und negative Kräfte werden gewollt und ungewollt zusammen, um die Erreichung des nächsten Zieles zu ermöglichen: die parlamentarische Verabschiedung des Gluts.

M. R.

## Curtius' Rede

Im 8 Uhr nachmittags versammelt sich der Reichstag wieder, um die Erörterung beim Haushalt des Auswärtigen Amtes fortzusetzen. Heute gibt bereits die neue Geschäftsordnung, Reichsminister Dr. Curtius wird in einer längeren Rede auf alle

## „Auf das schärfste zu verurteilen“

### Reichsregierung zum Fall des Schiffes „Vogland“

Die Reichsregierung nimmt jetzt, nachdem sie den Fall des Handelschiffes „Vogland“ amtlich hat unterföhigen lassen, in einer offiziellen Erklärung zu der Angelegenheit Stellung. In der Erklärung der Reichsregierung heißt es: „Som nationalen Standpunkt ist es nicht nur bezeichnend, sondern aufs schärfste zu verurteilen, daß eine Hamburger Reederei ihres Schiffes vorgenommen hat, um sich der deutschen Steuererhebung und den Pflichten der deutschen Sozialgesetzgebung zu entziehen.“

Ueber die rechtlichen Fragen ist nach den offiziellen Ermittlungen folgendes zu sagen: Das Flaggengeleitz der heutigen Handelschiffen vom Jahre 1890 regelt nur das Recht zur Führung der deutschen Flagge auf Handelschiffen, verpflichtet aber den deutschen Staatsbürger nicht, die ihm gebührenden Schiffe unter deutscher Flagge zu betreiben. Ob die Reederei Vogemann ihr Schiff im Ganzen oder nur zum Teil an den Staat von Panama verkauft hat, ist nicht bekannt. Nach dem deutschen Flaggengeleitz wird das Recht zur Führung der deutschen Flagge von dem Nachweis abhängig gemacht, daß sich das Schiff ausschließlich in deutschem Eigentum befindet. Weder Voraussetzungen der Staat Panama zum Recht der Führung seiner Flagge fordert, ist beauftragt unbenannt. Weiterrechtlich die Dinge so, daß die Staaten gegenseitig ihre Flaggen anerkennen, lassen ein amtlicher Ausweis über die Führung der Flagge beibringt wird. Das Flaggengeleitzamtlich wird feststellen, ob das Schiff „Vogland“ einem gültigen Flaggenausweis von Panama hat und ob es aus dem deutschen Geschäftsbereich gelöst ist.

Mit der Unterlegung des Schiffes unter die Flagge von Panama hat die Geltung deutschen Rechts auf dem Schiffe auf, das in allen Beziehungen nur nach dem Recht Panamas unterliegt. Inwiefern nach deutsche Seerecht auf diesem Schiff Dienst tun wollen, muß diesen überlassen bleiben. Die deutsche Sozialversicherung gilt für deutsche Seeleute auf ausländischen Schiffen nicht. Auch muß es deutschen Vertriebs- und deutschen Versicherungsgesellschaften überlassen werden, ihre Waren auf einem solchen Schiffe zu verfrachten oder ein solches Schiff zu versichern.

In der Vortragsweise war der Verkauf deutscher Schiffe an das Ausland unbedenklich zulässig. Erst im Krieg ist durch ein besonderes Gesetz der Verkauf von einer Genehmigung abhängig gemacht worden. Mit der Aufhebung dieses Gesetzes sind nach dem Krieg auch wieder die Ausfuhrkontrollen für deutsche Schiffe. Es wird aber in den juristischen Stellen namentlich errogen, ob aus Anlaß des Falles „Vogland“ eine Ausfuhrkontrolle nicht erneut wieder eingeführt werden soll.

wichtigste Problem für Europa, dieser angejahrten Dame, sei dadurch entstanden, daß ihr 1917 ein Unglück passiert sei. Sie habe protestieren, dem Ganzen zur Welt gebracht, die nicht die Abhilfe habe. Mittleren Europa von der Wohlgehabenheit dieses Sprößlings zu überzeugen. Europa habe seinerzeit verurteilt, den Sprößling umzubringen, als er schwach war, jetzt sei es zu spät.

Was aber den Europa-Ausfluß anlangt, so habe die Sowjet-Regierung ihn nicht um Erklärung über seine widerprüchlichen Beziehungen bitten können, da man nicht wolle, wo diese Ausfuhr sei. Demogenen heute die Sowjet-Regierung jetzt eine Delegation nach Genf, um zu unterföhigen, was der Europa-Ausfluß eigentlich ist, was er im allgemeinen will und was er im besonderen von der Sowjetunion will.

Wie die Beispiele zeigen, magt man in Moskau heitere Mienen zu einem Spiel, dem man aber tatsächlich mit größerer Besorgtheit zusieht, als die Demos der „Jowelski“ vermuten lassen.

## Schweigetag in Indien

LONDON, 10. FEBRUAR

Der nächste Sonntag wird in ganz Indien 14 Tage ein Schweigetag sein, dem Ganzi hat die Besetze angesetzt, die Regierungsagenten für Kotliel Nehru, die die Hinduthe ist „Schwab“ vorzuzieh, durch allgemeinen Fasten, wertvolle Festen und wertvolle Verammlungen zu begehen. Nur ein Gefühls, sich dem indischen Freiheitskampf im Besonderen der verfahrenen Nationalführern nach bedingungslos an die Kämpfer zu weihen, darf die nationale Schweigepflicht durchbrechen.

## Warum Moskau annimmt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 10. FEBRUAR

Die Annahme der Einlösung von der Sitzung des Europa-Ausflußes wird in der Sowjetpresse leicht kommentiert. Die „Wostok“ meint, Moskau habe deswegen durchgehört, daß die Sowjetregierung nur eine eingedrückte Einlösung von den wirtschaftlichen Beratungen erhielt, weil er sich damit zwei Wege offenhielt. Falls Moskau annahm, blieb immer noch Raum zu späteren Verhandlungen. Am liebsten aber hätte Moskau es wohl gesehen, wenn die Sowjetregierung die Ostkränke geliebt und abgelehnt hätte. Diesen Ostkränke haben ihnen Einwohnern oder nicht getan.

Weiter äußert die „Wostok“ Beunruhigung darüber, daß in vierzehn Tagen zwei Unterkommissionen des Europa-Ausflußes ohne Teilnahme der Sowjetunion in Genf zusammentreten, wobei möglicherweise die Frage der Agrarimporte und Zölleerzehrung erörtert werde. Das Blatt sieht darin eine Gefährdung für den Erfolg des Sowjet-Exportes und meint, auf der Mattingung ließe sich die Frage weitläufiger zu öffentlichen Debatten stellen.

Die „Wostok“ stellt in dem Zusammenhang die Frage, was es das eigentliche Europa ist, laugnet aber doch nicht völlig, die politische Bedeutung dieses geographischen Begriffes. Wenn auch die Landwirtschaft der europäischen Staaten von den westlichen Ländern sehr stark beeinflusst werde, in bezug auf wirtschaftliche Beziehungen zwischen den westlichen und östlichen Staaten, so ist der wirtschaftliche Austausch weit mehr als ein politischer Vorgang in China. Das